

Antrag R-9
AfA SPD-Bezirk Hannover**Empfehlung der Antragskommission**
Überweisen an: Bezirksvorstand**Überschrift: Vorrangiger Einsatz des Beschleunigten Verfahrens (§§ 417– 420 StPO) bei Angriffen auf Angehörige der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS)**

1 Der SPD-Bezirksparteitag Hannover möge beschlie-
2 ßen:
3 Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA) im
4 SPD-Bezirk Hannover fordert, dass der SPD-
5 Bezirksvorstand sich auf Landes- und Bundesebene
6 – insbesondere gegenüber den SPD-Landtags- und
7 Bundestagsfraktionen – dafür einsetzt, dass bei
8 Angriffen auf Angehörige der Behörden und Organi-
9 sationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) – darunter
10 Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, Katastrophen-
11 schutz sowie anerkannte Hilfsorganisationen –
12 vorrangig das Beschleunigte Verfahren gemäß §§
13 417– 420 Strafprozessordnung (StPO) angewandt
14 wird, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen
15 vorliegen.

16 Hierzu soll § 417 StPO um eine ausdrückliche Re-
17 gelung ergänzt werden, die die Staatsanwaltschaften
18 verpflichtet, in Fällen tätlicher Angriffe, Bedro-
19 hungen oder Nötigungen gegen BOS-Angehörige
20 grundsätzlich das Beschleunigte Verfahren zu bean-
21 tragen. Ein Absehen hiervon soll nur in begründeten
22 Ausnahmefällen zulässig sein.

23

24 Begründung

25 Die AfA im SPD-Bezirk Hannover sieht es als drin-
26 gende Aufgabe an, den Schutz von Einsatzkräften
27 deutlich zu stärken. Polizei, Feuerwehr, Rettungs-
28 dienste, Katastrophenschutz und Hilfsorganisatio-
29 nen stehen täglich bereit, um Leben zu retten, Ge-
30 fahren zu beseitigen und Sicherheit zu gewährleis-
31 ten.

32 Sie arbeiten oft unter extremen Bedingungen: bei
33 Nacht, unter Zeitdruck, in unübersichtlichen oder
34 gefährlichen Lagen – und immer mit dem Ziel, an-
35 deren zu helfen.

36 Wenn diese Menschen – die für uns alle handeln –
37 selbst zum Ziel von Angriffen werden, ist das mehr
38 als nur ein Gesetzesverstoß. Für die Betroffenen be-
39 deutet es oft:

40 Körperliche Verletzungen, die Wochen oder Mo-
41 nate Heilung brauchen, manchmal mit bleibenden
42 Schäden.

43 Psychische Folgen wie Schlafstörungen, Angst-

44 zustände oder posttraumatische Belastungsstörun-
45 gen.

46 Verlust des Sicherheitsgefühls – auch im privaten
47 Leben.

48 Demotivation und Rückzug aus dem Beruf, den
49 sie zuvor aus Überzeugung gewählt haben.

50 Besonders schwer wiegt, dass gerade Polizeibeamt:
51 innen und andere BOS-Angehörige erleben müssen,
52 dass solche Angriffe teils gar nicht angeklagt wer-
53 den. Nicht selten wird dies mit dem Argument „Be-
54 rufsrisiko“ abgetan – als sei Gewalt Teil ihrer Arbeit.
55 Für die Betroffenen ist das ein doppelter Schlag: Erst
56 die Tat, dann das Gefühl, vom Rechtsstaat im Stich
57 gelassen zu werden.

58 Das Beschleunigte Verfahren nach §§ 417– 420 StPO
59 ist hier ein wirksames Instrument:

60 § 417 StPO: Antrag der Staatsanwaltschaft bei ein-
61 fachem Sachverhalt und klarer Beweislage.

62 § 418 StPO: Sofortige oder kurzfristige Haupt-
63 verhandlung ohne Zwischenverfahren, Ladungsfrist
64 teils nur 24 Stunden.

65 § 419 StPO: Höchststrafe 1 Jahr Freiheitsstrafe
66 oder Geldstrafe; Entscheidung über Eignung liegt
67 beim Gericht.

68 § 420 StPO: Vereinfachte Beweisaufnahme, z. B.
69 durch Verlesung von Protokollen und Urkunden.

70 Dieses Verfahren ermöglicht schnelle Urteile – oft
71 innerhalb weniger Tage. Für die Betroffenen ist dies
72 ein starkes Signal: Der Staat schützt euch, reagiert
73 sofort und lässt Gewalt nicht als Berufsrisiko stehen.
74 Mit einer gesetzlichen Klarstellung zur vorrangigen
75 Anwendung des Beschleunigten Verfahrens bei An-
76 griffen auf BOS-Angehörige schaffen wir bundes-
77 weit eine einheitliche, wirksame und sichtbare Ant-
78 wort auf Gewalt gegen Einsatzkräfte – genau das
79 fordert die AfA im SPD-Bezirk Hannover mit Nach-
80 druck.